



Rülke: Liberale initiieren Zuschüsse für Krisen-Beratung von Betrieben

Finanzhilfen der Förderbanken werden in Baden-Württemberg zielgenau ergänzt - Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Hans-Ulrich Rülke, teilte mit, dass die Fraktionen von CDU und FDP auf Initiative der Liberalen beschlossen haben, Zuschüsse zur Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen in betrieblichen Krisensituationen in Höhe von 555000 Euro im Haushalt (Einzelplan 07 Wirtschaftsministerium) bereit zu stellen.

Rülke: „Ergänzend zu den Finanzhilfen der Förderbanken, wie zinsgünstige Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungen, führt die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem erhöhten Bedarf kleiner und mittlerer Unternehmen nach geförderter externer Beratung, um Wege aus der Krise aufzuzeigen.“ Der Bund werde durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im ersten Quartal 2009 eine geförderte Krisenberatung (Turn-Around-Beratung) anbieten, die im Fall einer Unternehmenskrise eine längerfristige geförderte Betreuung durch einen externen Experten vorsieht. Nach den Worten von Rülke besteht hierzu begleitend ein großer Bedarf nach einer kurzfristigen Beratung, auf die im akuten Krisenfall möglichst schnell und unbürokratisch zurückgegriffen werden kann. Ergebnis einer solchen Kurzberatung könne zum Beispiel eine Schwa-chenstellenanalyse sein, die der sogenannten Turn-Around-Beratung durch die KfW vorge-schaltet sein muss. Ferner könne die Kurzberatung etwa bei Liquiditätsproblemen auch zur Vorbereitung von Bankgesprächen dienen oder bei Kreditanträgen Hilfestellung leisten. Weiter werden nach Mitteilung des wirtschaftspolitischen Sprechers der FDP/DVP-Landtagsfraktion die Zuschüsse zur überbetrieblichen Berufsausbildung um 400000 Euro auf 7,48 Millionen Euro erhöht. Mit der Förderung von Lehrgangskosten unterstütze das Land die Wirtschaftsorganisationen bei der Deckung der Personalkosten der Ausbilder und der Energie- und Materialkosten für die überbetriebliche Ausbildung. Die Wirtschaftsorganisationen beziehungsweise die Unternehmen tragen die Restkosten.